afé Kaiserkrone.
den 6. Februar:
oppen-Concert
Infanterie-Kapelle.
Anfang 11 Uhr.
denk ein — A. Funk.
Tichauer-, Pilsener,
cher-Bier. (1102
ue Welt".
en 6. Februar cr.:
Großes
Bockbier-Fest,
rbunden mit
stischem Concert
des Inf.-Rgts. „Keith"
22. unter Leitung ihres
pisten A. Dahnhof.
ng ½8 Uhr.
Balkon 60 Pfg. und
ge 75 Pfg. [1089
er erhält eine Bock.
he gratis.
en-Garten.
ter Saal.)
en 6. Februar cr.:
Ballmusik.
ng 4 Uhr. (1090
ldgrube."
en 6. Februar cr.
ittag 4 Uhr: (1084
Kränzchen
inladet Maxilowiaz. V.
t zur Germania,
ieger Bierhallen).
6. Februar 1898:
tes, großes
Bier-Fest,
Gratis-Verloosung
r Gegenstände.
Unterhaltungen.
n ff. Bock-Bier. [1027
TOWITZ.
n (Meister).
len 13. Februar,
hr Abends
der Reichshalle:
CERT
Mitwirkung des
nd Opernsängers
Herrn
van Rooy
nkfurt a. M.
von R. Schumann,
eliebte v. Beethoven
hms und Schubert.
ägt Werke von
, Loewe u. A. vor.
. 5 (Loge), Mk. 3
1,25 (Stehplatz), bei
a und Hoflieferanten
wie à Mk. 5,50, 3,50,
. (852
nnerts vor Abgang
bendzüge.
e Welt.
ert-Etablissement.
agstisch
n Preisen, auch im
nnement. (1046
bank der Fürstlich
nerei Tichau und
er Rizzibräu
heute ab
Eier billiger
fiert [1025
Leschziner,
d Bahnhofstraße.
r Kohlen
Louisegrube, fuhren-
or's Haus offeriert
ellungen entgegen ge-
Geschäftslokal von
mann, Metzl- und Producten-Gesch.
Nikolaistr. 5. (722
Befreit
en v. Magenbeschwer-
störung, Schwerzen,
, gebe ich Jedermann
che Auskunft, wie ich
hohen Alters wieder
din. (1036
gl. Förster a. D.,
iedheim in Westfalen.
ere Leser auf die der
beiliegende Ansichts-
ßen Styl angelegten
Brauhaus Tichau"
wünschen dem neuen
, welches für das
Bier vollen Ersatz
nnern edlen Gersten-
iche Aufnahme. (1088

Der oberschlesische Wanderer.

Oberschlesische Zeitung.

Diese Zeitung erscheint werktäglich Nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis beträgt in Gleiwitz frei ins Haus oder bei Abholung in den Ausgabestellen mit Sonntagsblatt monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk., ohne Sonntagsblatt abgeholt wöchentlich 15 Pfg., bei allen Postanstalten vierteljährlich 1,80 Mk.

Anzeigen in diese Zeitung werden die 6spaltige Grundzeile oder deren Raum mit 15 Pfg., die Empfehlungszeile mit 50 Pfg., die Aufnahmevermittelung durch die Geschäftsstelle mit 40 Pfg. berechnet. Belegs- oder einzelne Nummern des Blattes werden für 10 Pfg. abgegeben.

Alleiniges amtliches Blatt für Bekanntmachungen der städtischen Behörden von Gleiwitz.

Die Vierteljahrs-Abnehmer dieser Zeitung erhalten allsonntäglich das „Illustrirte Sonntagsblatt" als Beilage.

Nr. 31. Fernsprechruf Gleiwitz, Wanderer. Gleiwitz, Dienstag, den 8. Februar 1898. Fernsprechanschluß Nr. 16 des oberschl. Industriebezirks. 71. Jahrgang.

Tages- und Geschichtskalender.

S.-A.	S.-U.	8. Februar.	M.-A.	M.-U.
7.10 U.	4.50 U.		7.27 U.	7.12 U.

1807 Schlacht bei Eylau. — 1871 Die Deutschen nehmen die Forts Haute-Perche und Basse-Perche bei Belfort. — 1879 Friedensschluß zu Konstantinopel. — 1882 B. Auerbach gest.

Bestellen Sie sich

den Oberschlesischen Wanderer mit achtseitigem illustrirten Sonntagsblatte durch Austräger frei ins Haus für monatlich 60 Pfg.

Zur Flottenfrage.

Die Münchner „Allgemeine Zeitung" hat sich der Aufgabe unterzogen, hervorragende Männer aus allen Gebieten des geistigen Lebens in Deutschland um ihre Meinung über die Flottenfrage anzugeben und die Antworten in besonderen Beilagen zusammenzustellen. Nunmehr liegt diese Sammlung abgeschlossen vor. Aus der reichen Fülle von Aeußerungen seien die des **Fürsten von Pleß** hier wiedergegeben; er sagt:

— Bei einer Blokade unserer Häfen würde der größte Theil unserer Industrie lahmgelegt, da dieselbe zum Theil ihre Rohprodukte aus dem Auslande bezieht und ferner ihre Produkte an das Ausland abzusetzen gezwungen ist. Da auch die überseeischen Zufuhren an Lebensmitteln aufhören würden, würden deren Preise eine Steigerung erfahren, welche, mit dem Verlust an Arbeitsgelegenheit zusammengenommen, eine Hungersnot erzeugen müßten. Die Hälfte unserer Bevölkerung lebt aber von der Industrie, und ein sehr großer Theil der darin beschäftigten Arbeiter würde sofort brotlos werden. . .

Wenn die deutsche Flotte nicht stark genug ist, unsere sehr bedeutende Handelsflotte und den von derselben abhängenden Handel in heimathlichen und fremden Meeren, selbst nur einer feindlichen Flotte mittlerer Größe gegenüber sicher zu schützen, so stehen alle in Handel und Industrie angelegten Kapitalien und die Existenz der durch dieselben ernährten Personen in der Luft, dem Zufall jeder politischen Schwierigkeit ausgesetzt. Um solchen Schwierigkeiten auszuweichen, müßte die heimische Politik sich den anderen Mächten gegenüber stets nachgiebig erweisen und so indirekt die deutschen Interessen aufs empfindlichste schädigen lassen. . .

Wo es sich um die Wahrung und den Schutz so bedeutender Dinge handelt, wie politischen Einfluß auf der ganzen Welt und die Sicherung seines beträchtlichen Theils des Nationalvermögens, nebst den davon abhängigen Existenzen, sollte die Geldfrage überhaupt nur in zweiter Linie in Frage kommen. Unsere Vermögenslage kann aber nicht nur die geforderten Summen, sondern deren Verdoppelung leicht vertragen. Ein einziger nur einen Monat dauernder Krieg mit einer Seemacht zweiten Ranges würde Deutschland mehr kosten, als alle Marineforderungen der Regierungen.

Der deutschen Industrie und dem hierzu nothwendigen deutschen Handel den maritimen Schutz in einem Zeitpunkt versagen, wo beide gefürchtete Konkurrenten auf dem Weltmarkt geworden sind und infolge dessen von anderen Nationen angefeindet werden, heißt, unsere gesammte Entwicklung in Frage zu stellen, Millionen fleißiger Menschen dauernd in einer höchst gefährdeten Lage erhalten, während die andern Völker die größte Anstrengung machen, uns zu verdrängen und sich selbst Schiffsbauten zu sichern. Vielleicht ist die deutsche Landwirthschaft im Stande, das deutsche Volk mit Lebensmitteln zu versorgen, keinesfalls aber in der Lage, der Hälfte unserer Bevölkerung den lohnenden Verdienst zu gewähren, welchen sie durch die Industrie bezieht. Die Industrie in ständiger Gefahr erhalten, heißt, die stetige Vermehrung des Volkes ins Ausland treiben und uns der Verarmung zuführen. Eine mächtige, den Gegnern gewachsene Marine ist nächst dem Heere der beste Schutz unserer nationalen Arbeit, der sichere Schutz unserer Lebensbedingungen.

Deutsches Reich.

Berlin, 6. Februar 1898.

— Die projektirte Organisation evangelisch-christlicher Gewerkschaften ist durch die Gründung eines allgemeinen evangel. Arbeitervereins für Berlin und die Vororte eingeleitet worden.

— Die Ausgaben für Flotte und Heer bei den Großstaaten. Dem Reichstage ging eine auf Veranlassung des Reichsmarineamtes zusammengestellte Denkschrift zu über die Ausgaben für die Flotte und das Landheer und ihre Stellung im Haushalte der wichtigsten Großstaaten. Die Denkschrift bezeichnet als Ergebniß umfangreicher Untersuchungen im Wesentlichen Folgendes:

1) Deutschlands bisherige Flottenausgaben stehen hinter denjenigen aller europäischen Großstaaten, Oesterreich ausgenommen, und hinter den Unionsstaaten zurück. Trotz des außerordentlichen Aufschwunges des Seehandels und der Handelsflotte seit 1880 wuchsen die Marineausgaben seitdem nicht stärker an, sondern durchgehend weit weniger als diejenigen der anderen Staaten.

2) Die Aufwendungen für die Landesvertheidigung überhaupt, einschließlich der Aufwendungen für die Schuld, sind gegenüber denen anderer Großstaaten sehr mäßige. Sie sind im Vergleiche zu der Gesammtheit der öffentlichen Ausgaben niedriger als irgendwie sonst.

3) Die Belastung der Bevölkerung durch öffentliche Abgaben ist zumeist sehr viel geringer als die irgend eines Großstaates oder Amerikas; namentlich bleiben die Anforderungen des Heeres und der Flotte an die Steuerkraft weit hinter allen anderen Großstaaten zurück.

— Der Bund der Landwirthe hält seine Generalversammlung am 14. Februar wieder im Circus Busch in Berlin ab.

— Neuerdings ist behauptet worden, die Bahnsteigsperre, sei eine wesentlich fiskalische Einrichtung und bezwecke nur die Erhöhung der Einnahmen. Mit Recht macht die „Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahn-Verwaltungen" darauf aufmerksam, daß diese Einrichtung seinerzeit ausschließlich im Interesse des Personals durchgeführt ist, um das lebensgefährliche Herumklettern während der Fahrt zum Zwecke der Fahrkarten-Kontrole zu beschränken.

— Die Reichstagskommission für die 2. Berathung der lex Heinze nahm einstimmig den Paragraphen an, wonach Zuhälter mit Gefängniß nicht unter einem Monat zu bestrafen sind, neben welcher Strafe Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Polizeiaufsicht, ev. Unterbringung in ein Arbeitshaus oder Landesverweisung zulässig sind. Die Kommission lehnte die Heraufsetzung des Schutzalters für Mädchen auf 18 Jahre ab.

— In der Budgetcommission des Reichstages theilt Unterstaatssekretär von Richthof mit, die Schutztruppe von Kamerun soll um 100 Mann verstärkt werden.

— Die freikonservative Fraktion im Abgeordnetenhaus brachte folgende Interpellation ein: „Ist die Königliche Staatsregierung bereit Mittheilung darüber zu machen, ob die in der Thronrede verheissene Vorlage, betreffend die Neuregelung und Verbesserung des Diensteinkommens der Geistlichen beider Confessionen in der nächsten Zeit zu erwarten ist, gegebenfalls aus welchem Grunde die Einbringung der Vorlage sich verzögert."

— Der Reichstag berieth die Aufhebung der Kautionspflicht der Reichsbeamten. Staatssekretär Frhr. v. Thielmann führt aus, die Kautionsbestellung sei für die Beamten eine große Last und bringe dem Reichsfiskus keinen Nutzen, da derjenige Theil der Defekte, der durch die Kautionen gedeckt werde, viel geringer sei, als die Verwaltungskosten. Nur für die Reichsbankbeamten sei der Kautionszwang beibehalten worden; hier handle es sich nicht um die Sicherheit für Reichsgelder, sondern für Privatgelder. Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung angenommen. Es folgt der Gesetzentwurf, betr. die anderweite Festsetzung des Gesammtkontingents der Brennereien. Staatssekretär Frhr. v. Thielmann betont, daß seit Erlaß des Branntweinsteuergesetzes der Konsum aus mehrfachen Gründen erheblich zurückgegangen sei. Es sei eine bekannte Thatsache, daß, wenn durch billigen Zucker Coffee und Thee versüßt werden könne, der Konsum von Branntwein und Bier zurückgehe. Die einzige Maßnahme, die das Reich hierbei treffen könne, sei eine anderweite Festsetzung des Kontingents. Die Vergütung für Leuchtspiritus sei von 1½ auf 2 Mk. erhöht worden. Sobald es gelinge, auch kleinere Lampen für den Hausgebrauch herzustellen, werde die Petroleumfrage auf die beste Art gelöst werden. Abg. Barth (freis. Ver.) meint, bei allen wirthschaftlichen Gesetzen der letzten Zeit habe die Landwirthschaft stets den Hauptvortheil gehabt. Das Wort Liebesgabe sei berechtigt, denn von den 70 Mark Verbrauchsabgabe für den Hectoliter Spiritus flössen 20 Mark in die Tasche der Brenner. Abg. Gamp (Reichsp.) hält die ganze Liebesgabentheorie für überwunden, nur noch wenige Leute, die die Barth'sche „Nation" lasen, glaubten daran. Wenn man nach dem Wunsche der Linken eine Branntweinfabrikatsteuer eingeführt hätte und einen Ertrag von 150 Millionen wie heute haben wollte, so würden die 30 000 Brennereien nicht bestehen können, und an ihre Stelle würden, wie in England, ein Paar Dutzend Großbrennereien treten. Abg. Wurm (sozdem.) hält an der Auffassung fest, daß die Brenner ihre Liebesgaben erhielten. Die Kontingentirung habe den Brennern keinen Schaden, sondern nur Nutzen gebracht, weil sie die Produktion einschränke. Der Branntwein sei das Getränk der Aermsten und dürfe nicht der Ausgangspunkt einer so hohen Besteuerung sein. Abg. Paasche (natlib.) erklärt, daß seine politischen Freunde auf dem Boden dieses Gesetzes ständen. Von einer Belastung der armen Schnapstrinker zu Gunsten der reichen Brenner könne keine Rede sein. Das Gesetz sei im Interesse der kleinen und mittleren Brenner geschaffen, um der großkapitalistischen Entwickelung Einhalt zu thun. Abg. Schulz-Berlin (freis. Volksp.) sagt, der Rückgang des Branntweinkonsums an sich sei erfreulich, es dürften aber damit keine Vortheile für die Brenner und keine Nachtheile für die ärmeren Klassen verbunden sein. Auch dieses Gesetz sei dazu bestimmt, den Brennern die Liebesgabe zu erhalten und die Concurrenz der Brenner unter einander einzuschränken. Statt zu kontingentiren, möge man lieber der Concurrenz freien Spielraum lassen. Abg. v. Staudy (kons.) betont, es gebe keine Brennerei, die das ganze Jahr hindurch 20 Mk. am Hectoliter verdiene. Die Vorlage wird einer Commission überwiesen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Wien, 6. Februar. Die Universitäts-Frage ist in ein sehr ernstes Stadium getreten. Der Ministerrath hat sich mit derselben beschäftigt und ist zu einem scharfen Einschreiten entschlossen. Die Regierung erblickt in dem Studentenstreike und in der Verhinderung der Vorlesungen einen Angriff auf ihre Autorität, und während noch vor etwa acht Tagen die Aufhebung des Verbotes des Farbentragens für die Zeit nach Schließung des böhmischen Landtages in Aussicht gestellt wurde, kann man heute bereits Stimmen hören, die erklären, nach den Vorkommnissen der letzten Tage sei vom Standpunkte der Wahrung der Autorität die Aufhebung dieses Verbotes überhaupt nicht zulässig. Dazu kommt der namentlich in Graz und Innsbruck zu Tage getretene Gegensatz zwischen Studenten und Offizieren, der zu bedauerlichen Zusammenstößen und in Marburg zu dem Duelle mit tödtlichem Ausgange geführt hat. Endlich machen sich clerikale und slavische Einflüsse geltend, die die Schließung der deutschen Hochschulen fordern und eine Aenderung der Organisation der Universitäten nahelegen. Vorläufig suchen an den einzelnen Hochschulen die Universitäts-Behörden und Professoren auf die studirende Jugend einzuwirken, um sie zur Nachgiebigkeit zu bestimmen. Die Vorlesungen sind bekanntlich bis Donnerstag, 10. d. M., sistirt.

— Die neuen Sprachenverordnungen sollen noch in diesem Monat veröffentlicht werden. Diese neuen Verordnungen sind noch unter Badeni im August v. J. ausgearbeitet worden. Badeni wagte es aber nicht, aus Angst vor den Czechen, dieselben zu veröffentlichen.

— Die czechischen Forderungen formulirt ein dem böhmischen Landtag überreichter Gesetzentwurf der Abgeordneten Herold und Pacak. Danach bildet das Königreich Böhmen ein einziges untheilbares Ganzes, die czechische und die deutsche Sprache sind in ganz Böhmen gleichberechtigte Landessprachen, alle an den Landtag gerichteten Schreiben müssen in czechischer und deutscher Sprache erlassen werden, die Staats- und Landesbeamten müssen beider Landessprachen mächtig sein, und die öffentlichen Aufschriften und Siegel der Staats- und Landesbehörden müssen in beiden Sprachen durchgeführt sein. Die Staats- und Landesbehörden müssen die Verhandlung und Erledigung in der Einreichungssprache durchführen. Der Antrag wurde dem Bocquoy'schen Sprachenausschuß zugewiesen. — Er enthält noch etwas mehr, als was Graf Badeni den Czechen zugestanden hatte.

Frankreich. Am 7. d. Mts. beginnt in Paris der Prozeß gegen Zola, den seine Gegner jetzt als gerichtskrank hinzustellen suchen. Von den von ihm beantragten Zeugen werden wohl nur die unbedeutendsten zu Worte kommen, die anderen aber entweder gar nicht erscheinen oder sich hinter das Berufsgeheimniß verschanzen. Die Staatsanwaltschaft soll übrigens keinen einzigen Zeugen vorgeladen haben, woraus man auf kuriose Art der Prozeßführung schließen kann. Cassagnac prognosticirt Zola ein großes Fiasco vor den Geschwornen.

Paris, 6. Februar. Das Marineministerium entdeckte, daß das Haus Boucley, sein Kabellieferant, ihm seit Jahren vollständig werthlose Schiffstaue geliefert hat. Eine Untersuchung ergab, daß die Belastungsproben mit Holzblöcken vorgenommen wurden, die einen Stahlblechmantel trugen, um ein schweres Metallgewicht vorzutäuschen, und daß die Seelen der Taue, die vorschriftsmäßig aus Stahl sein sollten, aus gewöhnlicher Pflanzenfaser bestanden. Boucley wurde verhaftet.

Niederlande. In einer der letzten Sitzungen der Ersten niederländischen Kammer hielt ein ultramontanes Mitglied derselben eine die unverbesserliche Selbstsucht und Rücksichtslosigkeit seiner Partei kennzeichnende Rede. Er behauptete nämlich, daß man auf dem besten Wege sei, es in Holland zu machen, wie es in Preußen heiße: „Soldat werden, Steuern zahlen, Maul halten." Und warum? Weil die Regierung damit beschäftigt ist, die persönliche Dienstpflicht einzuführen und die Stellvertretung, sowie den Loskauf abzuschaffen, welch letzteren der genannte Abgeordnete „eine der theuersten und kostbarsten Freiheiten des niederländischen Volks" nannte, weil der Ultramontane, namentlich wenn er reich ist, es ganz in der Ordnung findet, daß die Pflicht, ihn und seinen Geldsack zu vertheidigen, ausschließlich auf die Schultern der Aermeren, die keinen Stellvertreter bezahlen können, gelegt wird. Wie der aufgeklärte und vornehme Theil des Volkes über diese „Freiheit" denkt, hat sich vor einigen Wochen gezeigt, als etwa dreißig junge, im militärpflichtigen Alter stehende und den höchsten und gebildetsten Klassen angehörige Leute in einer Eingabe an die Zweite Kammer offen erklärten, daß es dem Ehrgefühl jedes Menschen widerstreiten müsse, wenn die Pflicht der Vaterlandsvertheidigung allein auf die Schultern der Mittellosen gelegt werde, während gerade die mit Glücksgütern Gesegneten an der Erhaltung der Unabhängigkeit des Vaterlandes das größte Interesse hätten. Wenn die jetzige Regierung noch lange genug am Leben bleibt, dann wird die persönliche Dienstpflicht zur Thatsache werden, mag die ultramontane Partei auch Stein und Bein darüber klagen und mit ihren Phrasen über den entsittlichenden Einfluß des Kasernenlebens Land auf Land ab jammern gehen.

Dänemark. Das kleine Dänemark will sich in Ostasien auch einen Antheil am Markt erringen. Ende Februar wird die neugebildete „Dansk ostasiatiske Kompagni" ihre Thätigkeit aufnehmen. Die im März 1897 mit einem Aktienkapital von 3½ Millionen Kronen constituirte Gesellschaft will eine regelmäßige Dampfschiffsverbindung zwischen Kopenhagen und Ostasien betreiben und Handels-, sowie Schiffahrtsbeziehungen zwischen Ostasien und Dänemark fördern. Die Schiffe sollen von Kopenhagen namentlich landwirthschaftliche Erzeugnisse ausführen und in Hamburg und Bremen ihre Ladung completiren. Zur Sicherung der Heimfahrt hat die Gesellschaft mit einem Aufwande von 1 Million Kronen eines der bedeutendsten Teakholzgeschäfte in Bangkok angekauft. Dieses für den Schiffsbau unentbehrliche Holz, das bisher meistens auf Segelschiffen nach Europa transportirt wurde, will die Gesellschaft nunmehr in erster Linie als Rückfracht benutzen, nach Kopenhagen befördern und dort, in Concurrenz mit anderen Ostseehäfen einen Stapelplatz für Teakholz zu schaffen versuchen. Die Linie will ihr Augenmerk vornehmlich auf Siam lenken, wo dänische Kaufleute angesiedelt sind, indessen, wenn Fracht vorhanden, ihre Fahrten bis nach Shanghai erstrecken. Der ursprüngliche Plan, für diese Linie einen Staatszuschuß von 200 000 Kronen zu erstreben, ist aufgegeben worden. Die Verbindung mit Ostasien soll in monatigen Zwischenräumen durch drei eigene Dampfer von 6000 Tons Ladefähigkeit vermittelt werden. Einer dieser Dampfer, „Siam", wird in Flensburg, also auf einer deutschen Werft, erbaut und ist kürzlich vom Stapel gelaufen; die anderen beiden Dampfer werden in England hergestellt.

Vereinigte Staaten. Die Beamten des Ackerbau-Departements in Washington äußerten ihre Ueberraschung über die Ausführungen des preußischen Ministers für Landwirthschaft, Frhrn. v. Hammerstein, welche dieser in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses gethan, indem er eine Quarantäne gegen amerikanische Pferde zur Verhinderung der Einschleppung der Rotzkrankheit in Aussicht stellte. Sie bestreiten die Möglichkeit, daß die amerikanischen Pferde mit der Rotzkrankheit behaftet seien, durchaus und sagen, daß die Krankheit, wenn sie nach der Einfuhr bei ihnen auftrete, von Pferden übertragen sein müsse, die sich bereits an dem Orte befänden. Der Vorsitzende der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten erklärt, es sei klar, daß die in Aussicht gestellte Quarantäne in den Rahmen der allgemeinen Bewegung falle, die auf den Ausschluß amerikanischer Produkte hinarbeite.

Türkei. Der russische Botschafter verständigte die Pforte, daß demnächst wiederum Transporte der Kaiserlichen Flotte den Bosporus passiren werden. — Die kretische Nationalversammlung soll den Prinzen Georg von Griechenland zum Gouverneur ausgerufen haben. Eine Deputation sei bereits abgesandt, um dem Prinzen davon Kenntniß zu geben.

Locales.

Gleiwitz, den 7. Februar 1898.

*** **Herr Pfarrer Palitza in Tichau** ist am 4. d. Mts. nach schwerem Leiden gestorben. Ordinirt am 30. Juni 1857, wirkte er als Kaplan in Ostrog, dann als Pfarrer in Brzezinka, zuletzt in Tichau. Die Beerdigung wird Dienstag ½10 Uhr erfolgen.